

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Frankreich vor der Kennedy-Runde

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1964) : Frankreich vor der Kennedy-Runde, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 2, pp. 54-57

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133371>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Frankreich vor der Kennedy-Runde

Es ist ein etwas gewagtes Unterfangen, das französische Verhalten gegenüber den internationalen Zollverhandlungen, d. h. der sogenannten Kennedy-Runde, in zusammenfassender Form mit einigermaßen klaren Strichen darzulegen, denn es wird von sehr zahlreichen und nicht immer genau miteinander übereinstimmenden Faktoren beeinflusst. Offensichtlich besteht aber eine weitgehende Parallelität der Meinungen zwischen maßgebenden französischen Kreisen und den europäischen Sachverständigen bis zur Spitze der Europäischen Kommission. Die nicht beabsichtigte, aber doch sehr wichtig gewesene gemeinsame Frontstellung von Paris und Brüssel in den Fragen der europäischen Agrarpolitik dürfte sich daher bei der Kennedy-Runde wieder zeigen, wobei übrigens der für die Verhandlungen unmittelbar zuständige französische Vizepräsident der Europäischen Kommission, Robert Marjolin, zu einer größeren Geschmeidigkeit bereit zu sein scheint als seine Kollegen Hallstein und Mansholt, schon weil er auf eine gewisse Distanz gegenüber der französischen Regierung zum Beweis seiner Unabhängigkeit Wert legt.

Bei der Beurteilung der französischen und teilweise auch der europäischen Haltung muß zwischen drei Fragenkomplexen unterschieden werden: zum ersten gehören die politischen Voraussetzungen, zum zweiten die wirtschaftlichen Interessen und zum dritten schließlich die grundsätzlichen Fragen, die sich für die Zollverhandlungen stellen, wie die Zoll disparitäten, die Agrarpolitik, Probleme der Entwicklungsländer usw.

Ein „hartes Geschäft“

Frankreichs erster politischer Wunsch besteht darin, daß man an die Verhandlungen sachlich und ohne Vorurteile und falsche Gefühle herangeht. Man sieht in den bevorstehenden Auseinandersetzungen ein hartes Geschäft und keine höhere, politische Verpflichtung, die nach Opfern auf dem Altar der atlantischen Gemeinschaft ruft. Es geht nach französischer Ansicht darum, die Grundlagen für eine befriedigende und widerstandsfähige Partnerschaft zu schaffen, und nicht darum, den Vereinigten Staaten einen Dienst zu erweisen oder für die Verwirklichung einer atlantischen Gemeinschaft, die für die Franzosen aller politischen Richtungen noch in weiter Ferne liegt, einen wirtschaftlichen Preis zu zahlen. Um es anders auszudrücken: Frankreich lehnt es ab, die Zollverhandlungen durch politisch-sentimentale Vorstellungen überschatten zu lassen. Es fehlt ferner in Paris völlig die Begeisterung für den Grundsatz des weltweiten Freihandels. Man ist gern bereit, dem Gemeinsamen Markt einen offenen Charakter zu geben, man lehnt es aber ab, hierin eine moralische Verpflichtung zu sehen. Jeder politische Appell, der in irgendeiner Form mit der Kennedy-Runde verbunden wird, muß daher in Frankreich auf taube Ohren stoßen.

Die französische Diplomatie und Wirtschaft empfehlen andererseits eine realistische Beurteilung der amerikanischen Beweggründe und Ziele. Der Trade Expansion Act verdankt nach französischer These sein Entstehen der Sorge Präsident Kennedys und seiner Berater um die amerikanische Zahlungsbilanz, besonders im Hinblick auf die damals noch mögliche Beteiligung Großbritanniens am Gemeinsamen Markt, der sich auf diese Weise in eine den Welthandel deutlich bestimmende große Präferenzzone verwandelt hätte. Zusätzlich verspricht sich Washington hiervon auch eine Entlastung seines eigenen Marktes von den Einfuhren aus den Niedrigpreisländern, die leichteren Zugang nach Europa erhalten sollten. Hierzu kommt eine gewisse Verbeugung vor den Entwicklungsländern, denen man für diejenigen Erzeugnisse, die die amerikanische Landwirtschaft nicht interessieren, Zollfreiheit verspricht, nämlich für Kaffee, Tee, Kakao, Bananen und Tropenhölzer. Frankreich ist dagegen viel weniger davon überzeugt, daß der Gedanke der atlantischen Partnerschaft Pate bei dem Trade Expansion Act gestanden hat. Trotzdem lehnt Paris diese Partnerschaft keineswegs ab, strebt sie sogar ehrlich an, doch unter der Bedingung, daß es sich um eine wirklich gleichberechtigte Partnerschaft mit einem möglichst weitgehenden, gegenseitigen Interessenausgleich handelt. Dies erfordert z. B. ein amerikanisches Entgegenkommen in der Frage der Disparitäten und der Einfuhrregeln sowie eine großzügige Zusammensetzung der amerikanischen Ausnahmeliste, damit diejenigen Waren, für die am ehesten eine Steigerung der europäischen Ausfuhr zu erwarten wäre, nicht von der Zollermäßigung ausgenommen werden.

Frankreich fordert detaillierte Analysen

Die zweite französische Forderung besteht darin, sich — wieder unter Ausschaltung politischer oder sentimentaler Erwägungen — genau über die Folgen jedes Zollzugeständnisses klarzuwerden und nicht etwa die Auswirkungen der Kennedy-Runde global ohne weitere Untersuchungen hinzunehmen, einfach um des Grundsatzes des weltweiten Freihandels oder der atlantischen Solidarität willen. Von der Regierung völlig unabhängige und ihr sogar häufig kritisch gegenüberstehende französische Wirtschaftssachverständige halten es für wenig verantwortungsvoll, daß man die Folgen einer massiven Zollsenkung auf Beschäftigung und Investitionen bisher kaum untersuchte und ob Möglichkeiten bestehen, durch eine starke internationale Arbeitsteilung im Zuge der Zollermäßigung die auf diese Weise freigesetzten Arbeitskräfte reibungslos einer anderen Beschäftigung zuführen zu können. Nach ihnen müßte insbesondere überprüft werden, in welcher Form und in welchem Ausmaß die in Europa verfolgte oder eingeleitete Politik der Vollbeschäftigung und der regionalen Wirtschaftsentwicklung durch eine massive Zollsenkung beeinträchtigt wird. Auch habe sich bis

her niemand ernstlich Gedanken gemacht über die Frage, wo das Optimum der internationalen Arbeitsteilung und der Konzentration der Produktionsstätten liege, auch nicht darüber, ob es vielleicht erforderlich sein könnte, im Interesse des regionalen Gleichgewichts innerhalb der atlantischen Staatengruppe gewisse Zölle aufrechtzuerhalten.

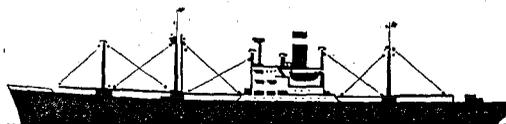
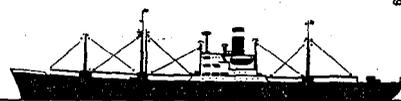
Die dritte und bei weitem wichtigste politische französische Forderung betrifft die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft. Nach französischer Ansicht soll Europa seinen Eigencharakter behalten und nicht in einer zwangsläufig von Amerika beherrschten atlantischen Gemeinschaft aufgehen. Wenn Frankreich es auch nicht grundsätzlich ablehnt, über niedrigere Zölle zu einer engeren Partnerschaft zwischen Europa und Amerika zu gelangen, beharrt es jedoch auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung, die ihrerseits eine deutlich erkennbare Eigenpersönlichkeit voraussetzt. Die Erfordernisse der Europäischen Gemeinschaft besitzen daher für Paris unbedingte Priorität. Deswegen bestand General de Gaulle auch so stark auf der vorherigen Verwirklichung der gemeinsamen Agrarpolitik, weil sie dem Gemeinsamen Markt ein eigenes Gesicht gibt und ihn nicht nur zusammenhält, sondern ihn auch gegenüber anderen Wirtschaftseinheiten, seien es die Vereinigten Staaten, seien es die Entwicklungsländer, abhebt. Solange der Europäischen Gemeinschaft der politische Oberbau fehlt und auch die Harmonisierung der Wirtschafts- und Handelspolitik noch sehr zu wünschen übrig läßt, sind die Zölle eines ihrer wichtigsten Fundamente. Sie dürfen daher nicht leichtfertig in Frage gestellt werden. Frankreich sah bereits in dem amerikanischen Drängen auf den Beitritt Großbritan-

niens zum Gemeinsamen Markt einen Versuch, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu verwässern. Es möchte unbedingt dafür Sorge tragen, daß die Kennedy-Runde nicht zu einem zweiten Versuch dieser Art wird, indem sie z. B. Europa einseitig in eine große Freihandelszone verwandelt, mit dem Erfolg, daß der Prozeß der innereuropäischen Arbeitsteilung nicht fortgesetzt werden könnte.

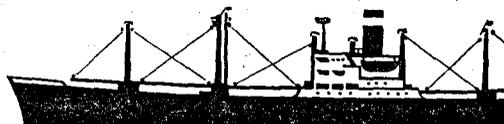
Zu den Voraussetzungen der Gleichberechtigung gehört nach französischer Meinung auch, daß das Ergebnis der Zollverhandlungen die französische Ausfuhr nach Amerika mindestens ebenso sehr erleichtert wie diejenige der Vereinigten Staaten nach Europa. Auf dieser Ebene trifft sich übrigens Paris mit der Europäischen Kommission. Sie betrachtet die Schaffung zusätzlicher Exportmöglichkeiten für die europäische Wirtschaft als ihre selbstverständliche Aufgabe und lehnt es ab, in der Kennedy-Runde einen politischen Handel zugunsten der Vereinigten Staaten zu sehen. Tatsächlich liegt ja Washington der Gedanke nicht fern, Europa sei verpflichtet, den USA wirtschaftlich entgegenzukommen, um auf diese Weise einen Ausgleich für die amerikanischen Anstrengungen zugunsten der westlichen Verteidigung zu schaffen. Die Sachverständigen der NATO stellten übrigens nach gründlichen Berechnungen fest, daß der globale europäische Beitrag zur Verteidigung und zur Entwicklungshilfe zwar absolut und auch im Vergleich zum Volkseinkommen hinter dem amerikanischen zurückbleibt, relativ jedoch gleichwertig ist, denn das amerikanische Brutto-sozialprodukt pro Einwohner ist rund zweieinhalb Mal so groß wie das europäische.

Jeden Sonntag von Bremen Jeden Dienstag von Hamburg

Woche für Woche - immer zur gleichen, festen Zeit -
Fracht-Schnelldienste nach New York und Außenhäfen.
Hamburg-New York in 9-10 Tagen.



Unsere Schiffe sind mit Tiefkühl- und Kühlräumen ausgestattet.
Und noch ein Tip:
Container, Paletten und portable tanks stehen zur Verfügung.



United States Lines

52 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG: Telefon 321671, Fernschr. 0212873 · BREMEN: Telefon 30 08 11-17, Fernschr. 0244307 · BREMERHAVEN: Telefon 4 69 51, Fernschr. 029 8716

Angst vor einer „Freihandelslawine“

In zweiter Linie muß man sich mit den wirtschaftlichen Interessen und Tendenzen Frankreichs befassen. Frankreich hat sich ohne Zweifel von seiner langen protektionistischen Tradition nicht ganz befreit. Seine Industrie betrachtet es bereits als großes Wagnis, sich in beschleunigtem Tempo der internationalen Konkurrenz innerhalb des Gemeinsamen Marktes zu stellen und gleichzeitig den verhältnismäßig niedrigen gemeinsamen europäischen Außenzolltarif hinzunehmen. Obwohl die französischen Unternehmen in zunehmendem Maße von der Ausfuhr abhängen und ihr Exportbewußtsein auch ständig wächst, würden sie ohne weiteres auf die Kennedy-Runde verzichten, hauptsächlich aus der Überzeugung, daß Zollsenkungen den Amerikanern viel schneller nützen als ihnen selbst; außerdem argumentieren sie, daß die Vereinigten Staaten sich nicht gleichzeitig mit den Schwierigkeiten konfrontiert sehen, die die Schaffung des Gemeinsamen Marktes mit sich bringt. Die französische Wirtschaft hat Angst vor einer Freihandelslawine trotz ihres neuen Vertrauens in ihre internationale Konkurrenzfähigkeit. Immerhin setzen sich, besonders in verantwortlichen Kreisen des Unternehmerverbandes, jetzt zunehmend liberale Tendenzen durch, gleichzeitig macht sich aber auch ein gewisser Interessengegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie bemerkbar. Die Industrie steht nämlich einer autarken europäischen Landwirtschaft eher ablehnend gegenüber, weil sie gewisse Lebensmitteleinfuhren zur Erleichterung ihres eigenen Exports durchaus wünscht.

Wenn sich die französische Industrie innerhalb des Gemeinsamen Marktes nicht nur behaupten, sondern auch stärker durchsetzen will, dann muß sie in der Lage sein, das Wagnis eines großzügigeren internationalen Freihandels einzugehen. Deswegen stehen vor allem die bedeutenden französischen Unternehmen im Begriff, sich mit der Kennedy-Runde und ihren Folgen konstruktiv abzufinden, unter der Voraussetzung, daß die französischen Interessen hierbei nicht vernachlässigt und vor allem nicht außerwirtschaftlichen Erwägungen geopfert werden.

Konkret geht es um die Ausnahmelisten, sowohl um die europäische wie um die amerikanische, britische usw. Ganz allgemein vermutet man, daß die Tragweite der Zollverhandlungen bisher überschätzt wurde, denn durch die Addition der Ausnahmelisten wird man zu einer erheblichen Einschränkung des noch für Verhandlungen möglichen Gebietes gelangen. Unabhängig hiervon hält es die französische Wirtschaft für wesentlich, daß sich auf der amerikanischen Ausnahmeliste nicht alle diejenigen Waren, die bei niedrigeren Zollsätzen in größerem Ausmaße von Europa nach den USA exportiert werden könnten, befinden. Selbstverständlich setzt man gleichzeitig alle Hebel in Bewegung, um dafür Sorge zu tragen, daß möglichst viele empfindliche Waren auf die europäische Ausnahmeliste kommen, die einheitlich in Brüssel aufgestellt werden muß. In vielen Fällen sind hierfür die Interessen oder die Befürchtungen der verschiedenen Partnerstaaten nicht identisch, so daß wohl

sehr harte Verhandlungen erforderlich sein werden. Die Europäische Kommission möchte die Ausnahmeliste auf 10% des Warenverkehrs beschränken. Der erste deutsche Antrag nannte als obere Grenze 25%. Die einzelnen nationalen Vorschläge müssen schon deswegen auf jeden Fall revidiert werden, weil sie zu einem großen Teil nicht identisch sind und eine Addition der Prozentsätze zu einem unzulässig hohen Satz führen würde. Jedenfalls ist auf diesem Gebiete mit sehr energischen protektionistischen Interventionen der französischen Industrie und wohl auch einiger anderer europäischer Industrieverbände zu rechnen. Frankreich erachtet es übrigens als selbstverständlich, daß die Ausnahmelisten in letzter Instanz in Genf mit den Amerikanern und den anderen Industriestaaten ausgehandelt werden, d. h. daß Europa auf einen Teil der Ausnahmen nur dann verzichtet, wenn ihm von den USA, Großbritannien und auch von Japan entsprechende Konzessionen gemacht werden. Deswegen dürfte es der Europäischen Kommission kaum gelingen, schon im Vorbereitungsstadium der Verhandlungen den Umfang der Ausnahmen auf 10% des Warenverkehrs zu beschränken.

Ringens um Zoll disparitäten

Erwähnung verdienen weiter die sogenannten Zoll disparitäten. Frankreich geht von dem Grundsatz aus, daß bei erheblichen Unterschieden zwischen den europäischen und den amerikanischen Zollsätzen Europa nach Verwirklichung der Kennedy-Runde noch über einen ausreichenden Tarif verfügen muß, um später in der Lage zu sein, die Vereinigten Staaten zu weiteren Zollzugeständnissen zu veranlassen. Nach französischer Überzeugung sind Zollsätze von 5% kein Handelshindernis mehr.

Über die Disparitäten wurde in Brüssel bereits eifrig diskutiert, während sich Washington langsam an den Gedanken gewöhnt, sie in irgendeiner Form berücksichtigen zu müssen, da es unvorstellbar wäre, einen europäischen Zollsatz von 10% auf 5% zu ermäßigen und einen entsprechenden amerikanischen von 50 auf 25%. Frankreich ist bereit, sich in großen Zügen den Vorschlägen der Europäischen Kommission anzupassen, was auf verschiedenen Wegen einer Herabsetzung der Zahl der Disparitäten von etwa 1200 auf 500 bis 600 entspricht. Man wird bei der Beurteilung dieser Frage nicht nur die mathematischen Unterschiede zwischen den Zolltarifen berücksichtigen, sondern ebenso die bisherigen wirtschaftlichen Auswirkungen der Zölle auf den Handel. Man gelangte zu der Erkenntnis, daß es manche Position im europäischen Zolltarif gibt, die keine wirtschaftliche Begründung mehr besitzt und teils aus Routine, teils aus fiskalischen Gründen aufrechterhalten wird. Man will ferner den Anteil der einzelnen Länder an der europäischen Einfuhr in Zusammenhang mit den Disparitäten berücksichtigen. Es wäre ungerecht, eine Herabsetzung des europäischen Zolltarifs wegen eines hohen amerikanischen Satzes zu verweigern, wenn die bisherigen Hauptlieferanten, z. B. die Schweiz oder Schweden, niedrige Zollsätze haben. Allerdings möchte Frankreich auf diesem Gebiet sehr vorsichtig zu Werke

gehen, ebenso wie die Europäische Kommission, denn eine 50 %ige Zollermäßigung könnte sich sehr wohl in Zukunft stärker zugunsten der Amerikaner als der traditionellen Lieferländer auswirken, und dies dann ohne konkrete amerikanische Gegenleistung. Berücksichtigung verdient in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung des amerikanischen Marktes für die europäische Industrie. Schließlich soll ja die Kennedy-Runde, wie bereits erwähnt, die europäische Ausfuhr nach den USA als Gegenleistung für die europäischen Zugeständnisse in fühlbarer Form erleichtern. In den Bereich der Disparitäten gehört schließlich der Wunsch nach interessanten Zollzugeständnissen der nicht-amerikanischen Industriestaaten, damit Europa nach allen Richtungen ein etwaiges Verlustgeschäft vermeidet. Man möchte sowohl in Paris wie in Brüssel dem Irrtum entgegen, die Kennedy-Runde nur als ein Ringen zwischen dem Gemeinsamen Markt und den Vereinigten Staaten zu betrachten, denn schließlich ist die Ausfuhr Europas nach nichtamerikanischen Industriestaaten recht beachtlich und darf nicht vernachlässigt werden.

Frankreich hatte ebenso wie die Europäische Kommission die Absicht, die Zollermäßigungen mit einer geschmeidigeren und vernünftigeren Gestaltung der augenblicklich sehr störenden und oft indirekt protektionistisch wirkenden amerikanischen Einfuhrregeln zu verbinden. Von zahlreichen mehr oder weniger sanitären oder dem Verbraucherschutz gewidmeten Verwaltungsvorschriften abgesehen, sind die Hauptpunkte die willkürliche Festsetzung des Zollwertes durch die amerikanischen Behörden und das Antidumpingverfahren, das jederzeit allein durch seine Ingangsetzung, selbst wenn es schließlich negativ verläuft, die europäische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten viele Monate lang unterbrechen kann. Die europäischen Kreise sind zwar von der Berechtigung ihrer Forderung voll und ganz überzeugt, sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß die amerikanischen Verhältnisse nur durch die Abänderung bestehender und sehr genauer Gesetze abgewandelt werden können. Hierzu sind lange Fristen erforderlich, so daß man die Kennedy-Runde praktisch sabotieren würde, wenn man die gleichzeitige Regelung der Einfuhrbedingungen fordern wollte. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als sich mit einigen Versprechungen der amerikanischen Regierung, die übrigens in sehr konkreter Form abgegeben werden müßten, zu begnügen, ohne voraussagen zu können, ob das Parlament die ihm anschließend von seiner Regierung geleiteten Gesetzesanträge bewilligen wird. Es handelt sich hierbei zweifellos um eine echte und mit erheblichem Risiko belastete europäische Vorleistung, die nach französischer Ansicht von den Amerikanern durch eine gewisse Geschmeidigkeit in den Zollverhandlungen honoriert werden müßte.

Als gleichberechtigter Partner in der Agrar- und Entwicklungspolitik

Für die Landwirtschaft besteht, was nicht überraschen dürfte, erneut völlige Übereinstimmung zwischen Paris und Brüssel. Bekanntlich ist mit Zollsenkungen auf

landwirtschaftlicher Ebene, sieht man von einigen tropischen Erzeugnissen ab, wenig zu erreichen, weil die Einfuhr vor allem an Kontingenten, Abschöpfungen, Subventionen verschiedenster Art und ähnlichen Hindernissen scheitert. Die Europäische Gemeinschaft hat natürlich nicht die Absicht, ihre Agrarpolitik auf dem Altar der Kennedy-Runde zu opfern, denn ihr ist gerade auf diesem Gebiet an einem Mindestmaß an Gleichberechtigung gelegen, hält sie es doch für untragbar, den europäischen Markt den amerikanischen Agrarerzeugnissen zu öffnen, wenn es gleichzeitig kaum eine konkrete Möglichkeit gibt, europäische Agrarprodukte nach den Vereinigten Staaten auszuführen, sieht man von wenigen Ausnahmen ab. Der amerikanische Getreidemarkt ist augenblicklich den europäischen Exporteuren völlig verschlossen. Man erblickt die Lösung einerseits im Abschluß von Weltwarenabkommen, die natürlich unabhängig von der Kennedy-Runde vorbereitet werden müssen, und andererseits in einem gründlichen Vergleich der verschiedenen Subventionssysteme und Einfuhrregeln, wobei man versuchen könnte, in einem Klima der Gleichberechtigung und der Gegenseitigkeit wenigstens einige landwirtschaftliche Handelshindernisse oder Marktverfälschungen zu beseitigen. Sowohl in Paris wie in Brüssel ist man sich allerdings klar darüber, daß die amerikanischen Vorstellungen zur Zeit von den europäischen Vorschlägen sehr weit entfernt sind. Washington geht es vor allem darum, die von ihm als zu protektionistisch angesehene europäische Agrarpolitik auf die Anklagebank zu setzen und als Gegenleistung für die grundsätzliche Anerkennung der gemeinsamen Agrarpolitik Zugeständnisse verschiedenster Art, von den Zöllen bis zu den Abschöpfungen und den Kontingenten, zu verlangen. Gerade in diesem Sektor dürfte mit sehr harten Verhandlungsmethoden zu rechnen sein.

Schließlich zeigt Frankreich größte Gelassenheit dort, wo es sich um die Zusammenhänge zwischen der Kennedy-Runde und der Entwicklungshilfe handelt. Paris ist zunächst der Überzeugung, daß es mit seinen Leistungen für die Entwicklungshilfe weit über dem internationalen Durchschnitt liegt und daher nicht verpflichtet ist, irgendwelche Empfehlungen entgegenzunehmen. Auch Brüssel besitzt in dieser Beziehung ein ruhiges Gewissen. Dort wird übrigens die These vertreten, daß den Entwicklungsländern für ihre Grundprodukte viel weniger durch Zollentscheidungen zu helfen ist als durch den Abschluß von Weltwarenabkommen. Ganz allgemein mißt man dem Zollabbau für die Entwicklungsländer nur eine sehr relative Bedeutung zu.

Zusammenfassend darf man bemerken, daß Frankreich während der bevorstehenden Zollverhandlungen besonderen Wert auf die Behandlung der Disparitäten unter Berücksichtigung der europäischen Gleichberechtigung und Eigenpersönlichkeit legen wird, ferner auf die Verteidigung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik und schließlich auf die Ausnahmelisten, sowohl zur Wahrung französischer Sonderinteressen wie zur Sicherstellung einer Steigerung der europäischen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten.